

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 8. Oktober 2011

KOLUMNE

Freigebigkeit in Zeiten der Schuldenkrisen

Wie freigebig Politik auch in Zeiten der Staatsschuldenkrisen sein kann, beweist eine Meldung aus Berlin, die das Herz jedes Bundesbeamten höher schlagen lassen muss. Ab 2012 wird das Weihnachtsgeld von heute 30 Prozent eines Monatseinkommens auf 60 Prozent verdoppelt. Im Jahr 2006 als Sparbeitrag der nicht gerade unterprivilegierten Beamtenschaft beschlossen, ersparte die damalige Halbierung der weihnachtlichen Sonderzahlung dem Bundeshaushalt in den seither vergangenen Jahren die schöne Summe von rund 3 Milliarden Euro. Mit einem Federstrich wird dieser Konsolidierungsbeitrag durch die Regierungsfractionen im Bundestag wieder kassiert. Aberwitzig!

Dabei applaudieren die gleichen Politiker den massiven Einschnitten, die das griechische Parlament für die dortigen Beamten unter dem Druck der europäischen „Retter“, allen voran uns Deutschen, beschließen musste. Dass aber auch in unserem Land das Berufsbeamtentum mit seinen Privilegien eine Riesenlast für die öffentlichen Haushalte darstellt, wird schlicht ausgeblendet. Die Bundesländer, die für ein Heer von beamteten Lehrern, aber auch für Polizei-, Justiz- und Finanzbeamte aufkommen müssen, können sich bei der Bundespolitik bedanken, wenn jetzt auch ihre jeweilige Beamtenlobby auf den Plan tritt und die Rücknahme der auch dort beschlossenen Einsparungen bei den Sonderzuwendungen verlangt. Dabei belegen die Versorgungsberichte des Bundes und der Länder dramatisch, dass die Kosten für Pensionen und Beihilfen der Ruhestandsbeamten die am stärksten wachsenden Ausgabeblöcke darstellen. Pensionen verdrängen Investitionen! Auf diesen Nenner lässt sich die Finanzstruktur der Länderhaushalte in diesem Jahrzehnt reduzieren.

Immer noch sprudelnde Steuereinnahmen vernebeln offensichtlich die Hirne. Dabei weisen alle Finanzplanungsdaten auch einen massiven Anstieg der Zinsausgaben aus – als Folge des horrenden Anstiegs der Staatsschulden in den vergangenen Jahren. Banken- und Euro-Rettungsschirme, aber auch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme hinterlassen dauerhafte

Spuren. Und bei den Rettungsaktionen der Politik ist kein Ende abzusehen, wie die neue Runde der mit Staatsgeldern zu rekaptalisierenden Banken beweist.

Es ist zum Heulen! Auf der einen Seite erklären Ökonomen, Finanzmarktakteure, aber auch Politik und Medien die Überschuldung vieler Staaten zur Hauptursache der aktuellen krisenhaften Zuspitzung. Wie wahr! Doch wenn es um Lösungen geht, wird das Verschuldungsrad mit wachsender Geschwindigkeit weiter gedreht. In der Not rufen alle immer wieder

nach Staatshilfe – kreditfinanzierter Staatshilfe. So treibt man den Teufel mit dem Beelzebub aus. Die USA etwa produzieren einen Verschuldungsrekord nach dem anderen. Trotzdem setzt der Präsident auf weitere sündhaft teure kreditfinanzierte Konjunkturpro-

gramme. Schulden sollen offensichtlich gegen die Überschuldung helfen. Und ganz nebenbei nutzt er die Krise in der europäischen Währungsunion als Ablenkungsmanöver für seine gescheiterte Wirtschaftspolitik. Es klingt wie Hohn, wenn gerade amerikanische Ökonomen und Politiker die Europäer mahnen, weniger zu sparen und stattdessen mehr „deficit spending“ zu praktizieren.

Dabei ist der Pumpkapitalismus doch offenkundig gescheitert. Je mehr staatliche Leistungen dauerhaft mit Krediten finanziert wurden, desto höhere Anteile der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit fraßen und fressen allein die Zinseszinsen auf. Griechenland ist in den nächsten Wochen zum Offenbarungseid gezwungen. Der Schuldenschnitt wegen Zahlungsunfähigkeit wird kommen. Doch eigentlich scheitert derzeit das kreditfinanzierte Wohlstandsmodell schlechthin. Entweder wir erinnern uns an das Einmaleins unserer marktwirtschaftlichen Ordnung: Leisten kann man sich auf Dauer nur das, was man sich tatsächlich erarbeitet hat. Das Motto gilt für den Einzelnen wie für die ganze Volkswirtschaft. Oder wir büßen als Steuer- und Abgabepflichtige mit immer weniger Netto vom Brutto und mit steigenden Kaufkraftverlusten durch Inflation. Weniger ist manchmal viel mehr!



Oswald Metzger
Einspruch!